

Aidshilfe NRW: Kondompflicht in der Sexarbeit schadet der Prävention

Pressemitteilung

Köln, 5. Februar 2015 - Gestern wurde bekannt, dass die Familienpolitiker von Union und SPD sich auf ein „Gesetz zum Prostituiertenschutz“ geeinigt haben. Demnach soll künftig die Kondompflicht eingeführt werden. Strafbehörden soll ermöglicht werden, unangemeldet Kontrollen in den Bordellen durchführen zu können. Arne Kayser, Landesvorsitzender der Aidshilfe NRW, kritisiert eine solche Vorschrift. „Die Kondompflicht in der Sexarbeit ist epidemiologisch nicht zu begründen. Darauf hat auch der Runde Tisch Prostitution des Gesundheitsministeriums NRW im vergangenen Herbst hingewiesen“, sagte Kayser. Darüber hinaus fehlten angemessene Kontrollmöglichkeiten. Stichprobenartige Kontrollen durch zivile Beamte, die sich, wie in München praktiziert, als Freier ausgeben, seien nicht sinnvoll. „Sie treffen nur die Sexarbeiterinnen, nicht die Kunden, und untergraben das zur Bekämpfung der Begleitkriminalität notwendige Vertrauen zwischen Polizei und Prostituierten“, argumentierte Kayser und berief sich dabei auf die Expertise verschiedener Fachleute. „Angeregt wird stattdessen ein Werbeverbot für ungeschützten Sex.“

Die Bundesregierung hatte in der vergangenen Legislaturperiode bereits vereinbart, das Prostitutionsgesetz zu verschärfen und strikter gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution vorzugehen. Die Betreiber von Bordellen brauchen in Zukunft eine Erlaubnis und eine Zuverlässigkeitsprüfung. Außerdem wird es eine Anmeldepflicht für Prostituierte geben. Auch eine Anmeldepflicht werde nicht unbedingt dazu führen, dass mehr Opfer von Zwangsprostitution entdeckt würden. Im Gegenteil, es werde dazu führen, dass mehr Frauen und Männer, die der Sexarbeit nachgehen, in die Illegalität gedrängt würden. „Somit sind sie für die bewährte aufsuchende Arbeit der Präventionskräfte von Aidshilfen und anderer Organisationen nicht mehr erreichbar“, so Kayser weiter.

Anstatt einer jährlichen medizinischen Pflichtberatung, wie sie jetzt beschlossen ist, brauche es mehr niedrigschwellige, freiwillige Beratungsangebote, um den Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern zu helfen. Im März soll der Gesetzentwurf dem Kabinett vorgelegt werden. „Die Aidshilfe NRW fordert die Regierungsparteien auf, unsinnige Symbolpolitik zu unterlassen, stattdessen echte Hilfsangebote für Menschen in der Sexarbeit zu schaffen und auch für die entsprechende finanzielle Ausstattung der niedrigschwelligen Hilfe zu sorgen“, erklärte Kayser.

Aidshilfe NRW e.V.
Lindenstraße 20
50674 Köln

Dr. Guido Schlimbach
Pressesprecher

Fon 0221-925996-17
Fax 0221-925996-9

guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de
nrw.aidshilfe.de